

Die neuen deutschen Parteien.

Die Revolution hat mit dem alten System auch die alten Parteien zerbrochen, und neue Gebilde beginnen an ihrer Stelle emporzuwachsen. Wenn wir von der Sozialdemokratie absehen, so ist von den alten Namen auch nicht einer geblieben. Statt des Zentrums finden wir eine „Freie deutsche Volkspartei“ Männer der bisherigen konservativen Fraktionen rufen auf zur Bildung einer „Deutschen Nationalen Volkspartei“, und die konservative Parteileitung erkennt von ihrem Standpunkt aus die Notwendigkeit zur Bildung einer einheitlichen starken Partei, wenn sie auch die Zeit für eine endgültige Programmformulierung noch nicht als gekommen erachtet. Die Einigung der liberalen Parteien ist vorläufig misslungen. Die „Deutsche demokratische Partei“ wird jedoch nicht nur die ganze alte Fortschrittspartei, sondern auch wesentliche Teile des entschiedenen liberalen Liberalismus in sich aufnehmen und dürfte ferner der Sammelpunkt werden für alle jene liberalen Männer, die sich unter dem alten System keiner Partei anschließen vermochten. Der Rest der nationalliberalen Führer zusammen mit einigen verpönten Fortschrittler versucht endlich, in einer „Deutschen Volkspartei“ etwas der großen demokratischen Partei Ebenbürtiges zusammenzubringen, wozu, wenn es gelänge, die alte Spaltung des Liberalismus vermindert würde.

Aberblickt man diese werdenden Gebilde, so macht man eine sonderbare Entdeckung. Nicht weniger als drei von ihnen nennen sich „Volkspartei“, und zwar sind das gerade diejenigen, die im wesentlichen ihre alten Programme beibehalten oder lediglich der neuen Zeit etwas anpassen wollen. Im wesentlichen wird der Kerngehalt der gleiche bleiben wie bei den alten Parteien des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen.

Sehen wir uns die Programme oder doch die vorläufigen Richtlinien der neuen Parteien an, so ist — wir behalten die alten Bezeichnungen vorläufig bei — zu den neuen Grundrissen des Zentrums und der Konservativen wenig zu sagen. Das Zentrum hat seine liberale Kulturpolitik in keiner Weise aufgegeben. Sein bisheriges Programm enthält kaum etwas, das nicht auch von den anderen Parteien vertreten würde, und in außenpolitischer Beziehung (Völkerbund, Abrüstung usw.) neigt es durchaus der Linken zu. Beim Austritt der Rechten fällt vor allem auf die Vermeidung jeglicher Stellungnahme zur Frage Monarchie oder Republik, wie auch zur Frage der Einzelstaaten. An Stelle dessen steht nur die Bereitwilligkeit, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten und als Ergänzung selbstverständlich das neue Bekenntnis zum gleichen Wahlrecht und zur parlamentarischen Regierungsform. In wirtschaftlicher und sozialpolitischer Beziehung werden unter grundsätzlicher Beibehaltung der konservativen Tendenz gewisse Zugeständnisse gemacht, wie beispielsweise mit Bezug auf die Siedlungspolitik, das Koalitionsrecht aller Arbeiter, freiwirtschaftliche Gemeinverfassung und Ähnliches.

Und nun zu den Liberalen. Die Deutsche demokratische Partei ist bis heute die einzige, die es unternommen hat, sofort in der Frage der Staatsform ein klares Bekenntnis zur Republik abzulegen und dadurch sich einen wirksamen Einfluß auf die kommende Gestaltung der Dinge zu sichern, statt sich von der Entscheidung überlassen und nachschleppen zu lassen. Nationalliberaler und Nationalkonservativer erziehen einige Tage nach dem Ausbruch der Revolution, als die nichtliberalen Parteien anfangen, sich wieder auf sich selbst zu bestimmen, jede mit einem eigenen Ruf, und zunächst glauben sie, dem Gebot der Stunde schon dadurch gerecht werden zu können, daß sie für die Wahl zur Nationalversammlung ein taktisches Zusammengehen vereinbaren und die Frage der vollen Vereinigung in die zweite Linie schieben. Diese Frage aber war gerade das, was nützt. Ihre Verantwortung war das Gebot der Stunde. Das ist der Grund, weshalb die Männer, die mit ihrem Ruf, unabhängig von den alten Organisationen, die Bildung einer demokratischen Partei ein-

leiteten, des Erfolges sicher sein konnten; und erst jetzt, als sie sehen, daß die Entwicklung über sie hinweg zu gehen droht, rafften sich auch die Führer der alten liberalen Parteien zu Einigungsversuchen auf. Wenn diese nicht zum Ziele führten, so lag es daran, daß diese Führer in Wirklichkeit auch jetzt noch nicht alle das Gebot der Stunde begriffen hatten.

In Sturm und Not.

Berlin, Ende November 1918.

Das schwierigste Problem, das die junge deutsche Republik in ihrer inneren Politik zu lösen hat, ist ohne Zweifel die Verteilung der Machtbefugnisse zwischen der Regierung und den USA einerseits und den politischen Gruppen und Strömungen in Berlin sowohl als auch im Süden des Reiches andererseits. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Verteilungen nicht grundlos waren, es könnte mit dem Zusammenbruch der Kaisermacht zugleich auch die anscheinend so festgestellte Einheit des Reiches zusammenbrechen. Die Ereignisse haben den Bayern recht gegeben. Was sich jetzt zwischen Berlin und dem Volksrat auf der einen Seite und den süddeutschen Staaten und Elsaß-Lothringen auf der anderen Seite vollzieht, ist in der Tat Vorbereitung der völligen Auflösung des Reiches, die unaufhaltsam ist, wenn nicht zur rechten Zeit Vorbeuge getroffen wird, daß sich die Gegensätze auszugleichen vermögen, und daß insbesondere die Ansprüche der einzelnen Staaten an der Mitregierung im Reich durch schleunigste Einberufung der Nationalversammlung erfüllt werden.

Es ist unleugbar, daß die Einberufung der Nationalversammlung für das Wohlergehen des Reiches, für den Beginn des Wiederaufbaues, für die Einheit und für den Friedensschluß mit allen Feinden gewissermaßen eine Voraussetzung geworden ist. Allerdings verlangen unsere Feinde nicht ausdrücklich (wie Bismarck 1870 von Frankreich), daß eine Nationalversammlung den kommenden Friedensschluß ratifiziere, wohl aber verlangen sie, daß eine Regierung den Frieden schließt, die getragen wird vom Vertrauen der breitesten Massen. Das heißt im Grunde nichts anderes, als daß die staatsrechtlichen und innerpolitischen Verhältnisse im Reich durch eine Nationalversammlung klargestellt werden müssen, ehe die Entente Staaten daran denken, den Frieden zu unterzeichnen, ja es gewinnt immer mehr den Anschein, als werde auch der Abschluß eines Vorfriedens davon abhängig gemacht, daß die Regierung der deutschen Republik konsolidiert, das heißt auf eine unantastbare Grundlage gestellt sei. Von süddeutscher Seite wird ja auch immer wieder darauf hingewiesen, daß man unter keinem Preis eine Trennung der Reichsteile herbeiführen wolle, aber mit ebenso großem Nachdruck fordert man, daß nicht eine kleine Gruppe von Politikern der äußersten radikalen Linken das ganze Reich terrorisiere.

Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Art und Weise, in der der Volksrat von seiner durch die Revolution überkommenen Beugnis Gebrauch macht, Mißstimmung und Mißtrauen nicht nur in immer weiteren Kreisen des deutschen Volkes, sondern auch bei unseren Feinden erregt. Was Frankreich anbelangt, so sieht man dort natürlich die drohende Zersplitterung des Reiches mit großem Vergnügen. Einzelne Blätter haben ja schon bei Ausbruch des Krieges verraten, daß Ziel des Kampfes sei für Frankreich die Zerrückung Deutschlands und die Schaffung eines Rheinbundes, eines süddeutschen Staatenbundes, sowie die völlige politische und wirtschaftliche Abhängigkeit Preußens. Es ist die tiefste Tragik in unserem Zusammenbruch, daß wir nach außen hin nicht einmal so viel Kraft aufbringen können, um die heute auch von den kleinsten Völkern der Welt geforderte Selbstbestimmung auch für uns in Anspruch zu nehmen. Ganz abgesehen von allem aber spielt unsere innere Einigkeit und Geschlossenheit eine große Rolle bei den kommenden Friedensverhandlungen. Ein großes einiges Volk kann niemand vom Weltmarkt dauernd abgrenzen, kann man nicht zu wirtschaftlicher Verfallung verurteilen, denn 70 bis

80 Millionen Verbraucher sind für die Weltwirtschaft aller Großstaaten ein Faktor, mit dem sie rechnen muß.

Wenn wir aber den Kleinstaatlergeist in uns groß werden lassen, wenn die Tendenzen der Zersplitterung in uns liegen, wird mit dem zerfallenen Reich und den machtlosen Einzelstaaten kein Feind ernsthaft rechnen. Wir stehen am Scheidewege, ob wir auf die Nationalversammlung vorläufig verzichten und damit unseren gemeinsamen Wiederaufbau unmöglich machen, oder sie schleunigst einberufen und als einiges, großes Volk der Welt unsere Forderungen vorlegen wollen. M. A. D.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* In gut unterrichteten Kreisen verläuft sich der Eindruck, daß Foch beabsichtige, den Waffenstillstand abzubauen und die Feindeligkeiten — gegen eine nicht mehr vorhandene Armee — wieder zu beginnen. Es wird auf ganz bestimmte neue Tatsachen hingewiesen, aus denen sich diese Absicht klar ergebe. Das ganze Auftreten Fochs berechtige zu der Annahme, daß er einen Vorwand suche, um den Krieg fortzusetzen. In jedem Falle wird das deutsche Volk guttun, auch mit solchen Möglichkeiten zu rechnen.

* In Saarbrücken erklärten französische Offiziere, daß Elsaß-Lothringen und das Saarrevier französisch seien und bleiben, und daß von einer Volksabstimmung keine Rede sein könne. Sie fügten hinzu, daß wenn das sibirische Rheinland sich für Frankreich entscheide, Frankreich alles tun werde, um seinen „berechtigten“ Wünschen Verwirklichung zu verschaffen.

Ungarn.

* „Pesti Naplo“ erzählt, daß der Ministerrat über das Schicksal der deutschen Truppen in Ungarn bereits entschieden hat. Es wurde beschlossen, die Internierung der Madenien-Armee, die 170 000 Mann zählt, sofort durchzuführen. Die Deutschen haben sich hiermit einverstanden erklärt.

* Ein Budapestler Blatt bringt Äußerungen Bekerles über König Karl. Bekerle wirft dem König Unaufrichtigkeit vor: „Der König versprach mir und Tisza, die slavische Frage im ungarischen Sinne zu lösen, und beantragte gleichzeitig Korosec hinter unserem Rücken mit der Fundierung des slavischen Staates.“ Bekerle behauptet ferner, daß die Ansprüche der Tschechen auf ungarisches Gebiet auf direkte Ermunterung des Königs Karl zurückzuführen seien.

Frankreich.

* Nach dem „Matin“ soll eine Friedenskonferenz, an der Sieger und Besiegte teilnehmen, nicht stattfinden, da eine solche Friedenskonferenz von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Deutschland werde auf der Anlagengasse sitzen und keine beratende Stimme haben. Frankreich und seine Verbündeten würden ihm den Frieden diktieren. Das Gleiche gelte für Bulgarien und die Türkei. Die Alliierten hätten die territorialen, wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen festgelegt, Deutschland sie bereits angenommen. (?) Wenn die Bedingungen des Waffenstillstandes erfüllt sind, würden die Alliierten die Bedingungen veröffentlichen, unter denen sie bereit seien, den Frieden zu unterzeichnen. Mit der Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages kehre ohne weiteres der Friedenszustand zurück.

* Clemenceau hat dem neuen tschechoslowakischen Staat die Aussicht auf territorialen Zuwachs auf Kosten Bayerns eröffnet. Es handelt sich um beträchtliche Gebiete der Provinzen Niederbayern und der Oberpfalz.

* Der Unterstaatssekretär Zanace gab in der Kammer bekannt, daß die Gesamtzahl der alliierten Kriegsgefangenen in Deutschland 844 000 beträgt. Er sagte: In Süddeutschland befinden sich 100 000 Kriegsgefangene, darunter 60 000 Franzosen und ungefähr 40 000 Italiener. Sie werden durch

die Schweiz über Konstanz und Basel befreit werden, und zwar täglich 15 000. Die Heimkehrer werden unüberzählig einziehen. Der Medner gab Vorkehrungsmaßnahmen bekannt, die getroffen werden würden, damit Deutschland keinen Gefangenen zurückbehalte.

England.

* Die „Times“ schreiben, daß die Deutschen erneut verüchten, eine Milderung oder Einstellung der Blockade zu erzielen. Die Verbündeten dagegen beabsichtigen keineswegs, ihre Hauptwaffe zur Sicherung des Friedens aus der Hand zu geben, besonders angesichts der heutigen unsicheren Lage Deutschlands. Amerika werde während der Friedensverhandlungen soviel Nahrungsmittel nach Deutschland senden, wie es die Menschlichkeit fordere und es die Bedürfnisse der anderen Länder gestatten; aber ehe der Frieden unterzeichnet werde, dürfe die Blockade nicht eingestellt werden.

Schweiz.

* Die Regierung hat den neuen bayerischen Gesandten Professor Dr. Förster nicht anerkannt und lehnt es ab, mit ihm in amtliche Verbindung zu treten. Die Regierung erklärt ferner, daß sie vor der Einberufung der bayerischen Nationalversammlung die neue bayerische Regierung nicht anerkennt. Sie wird nach wie vor den diplomatischen Verkehr mit dem bisherigen bayerischen Gesandten in Bern, Böhmer, amrechterhalten, der seinerseits die neue bayerische Regierung ebenfalls nicht anerkannt hat.

Spanien.

* Eine Abordnung aus Barcelona will der Regierung die Forderung nach der Selbständigkeit Kataloniens unterbreiten. Wie die Blätter berichten, umfaßt die Forderung der Katalonier folgende Hauptpunkte: 1. Abgrenzung des katalonischen Gebietes, das die vier gegenwärtigen katalonischen Provinzen umfassen soll. 2. Übertragung der Volksgewalt auf die regionalen Behörden und Einberufung einer konstituierenden Versammlung in Katalonien. Die Autonomiebewegung scheint sich nur auf Katalonien zu beschränken.

Amerika.

* Wie die Zeitungen aus Washington melden, reist Wilson demnächst nach Europa ab. Diese Meldungen überlegen die Nachricht, daß Wilson bereits in den englischen Gewässern eingetroffen sei. Der italienische und der französische Vorkämpfer in Washington und die amerikanische Friedensabordnung werden auf demselben Schiffe wie Wilson nach Europa reisen.

Von Nah und fern.

Die Verwendung der königlichen Schlösser in Potsdam beschäftigt in einer Sitzung den großen Rat des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates. Man gedenkt alle bisherigen Sebenswürdigkeiten in Potsdam zugänglich zu erhalten, also auch die der Bestimmung zugänglich gemachten Schlösser. Die bisherigen städtischen privaten Wohnräume und die zu den Schlössern gehörenden Wirtschaftsgebäude sollen für öffentliche Zwecke und für die Wohnungsfürsorge in Anspruch genommen werden.

Die Hofequipagen für die Ärzte. Das städtische Fuhramt in Potsdam hat für den Fuhrhilfsdienst die Equipagen und Pferde von der bisherigen Maritimalverwaltung angefordert, um sie den Ärzten gegen ein noch festzusetzendes Entgelt zur Verfügung zu stellen. Die frühere Kaiserin hat die Hofequipagen und Pferde dem USA überlassen.

Deutsche Gesellschaft zur Förderung des chemischen Unterrichts. Grockindustrielle und Hochschulkreise haben mit einem Gründungskapital von 30 Millionen Mark eine Deutsche Gesellschaft zur Förderung des chemischen Unterrichts gegründet. Sie bezweckt die Förderung des chemischen Hochschullehrers durch Vermittlung von Geldmitteln für Lehrzwecke, für Hilfskräfte und chemische Fortschritte. Mitglieder haben mindestens 10 000 Mark beizubringen oder mindestens 10 Jahre lang einen Jahresbeitrag von 1000 Mark zu leisten.

In bösem Schein.

1. Kriminalroman von Heinrich Leo.

(Fortsetzung)

8.

Am nächsten Tage beschäftigte der sensationelle Kriminalfall, nachdem sich die Zeitungen seiner bemächtigt hatten, alle Gemüter in der Stadt und weit darüber hinaus. Jetzt erst zeigte sich, welches Ansehen und welche Beliebtheit der alte Herr genossen hatte. Gleichzeitig tauchte die Frage auf, was nun das Schicksal der blühenden Fabrik sein würde. Aber die Maßnahmen, die wie man hörte, Hollfeld im Auftrag der Erbin schon ergriffen hatte, gaben darüber bereits eine umfassende Antwort.

Nach am Abend des Mordtages, in später Stunde, war die Leiche auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zur Obduktion abgeholt worden und Renate hatte Miene von ihrem Vater Abschied genommen. Eine merkwürdige Fassung war aber sie gekommen. Als sie mit jenem rätselhaften Schrei ohnmächtig zu Bodenbrach, ließ sie Tante Pinchen, obwohl sie schon mit sich selbst genug zu tun hatte, unter dem wehenden Hollfelds und Annas auf ein Sofa schießen und dort gelang es, sie wieder zum Bewußtsein zu bringen. Die Tränen der Tante zersetzten sie, was geschah war. Wieder sah Hollfeld, wie sie zusammenstürzte, und wieder schenkte er der so schrecklichen Tod des Vaters nicht allein zu sein, an den sie dabei dachte. Ein Pfeil mußte ihm hinein. Dann sprach sie, als hätte sie etwas mit sich allein abzu-

machen, zur Tante mit matter Stimme: „Ich bitte dich, Sorge dafür, daß ich einige Minuten allein bleibe!“

Sie gingen alle hinaus. Eben schlug es Freierabend, und wie sonst, als wäre nichts geschehen, sah man die Leute die Fabrik verlassen, nur daß sie heute zu erregten Gruppen sich zusammenfanden. Auch Hollfeld verließ sonst um diese Stunde die Fabrik — heute aber ließ er durch Schmiedebeck dem „jungen Fräulein“, wie Renate in der Fabrik zum Unterschiebe von ihrer Tante genannt wurde, sagen, er befände sich noch im Kontor — für den Fall, daß er das Fräulein, da es sich um die nächsten zu erregenden geschäftlichen Maßregeln handele, noch heute abend sprechen könnte.

Renate wandte sich an ihre Tante. „Hollfeld schickt her.“ sagte sie in ihrer ruhigen ängstlichen Fassung. — „er hat über Geschäftliches mit mir zu sprechen.“ Ich möchte nicht allein mit ihm sein. Ich bitte dich also, so lange hier zu bleiben.“ Tante Pinchen nahm sich eben ein frisches Taschentuch aus dem Wäscheispind.

„So ein Ende! So ein Ende!“ jammerte sie, „und nicht einmal wissen, wer der Mörder ist!“ Renates Gesicht nahm einen fleinernen Ausdruck an. „Es wird nicht verborgen bleiben“, sagte sie, — „dafür wird Gott sorgen.“

Dann gab sie Schmiedebeck den Auftrag, Herrn Hollfeld zu laden, daß sie ihn erwarte. „Wie du jetzt bloß an etwas denken kannst, war die Tante ein — „ans Geschäft!“

„Ich denke an die vielen armen Leute, um

deren Zukunft es sich dabei handelt, an ihre Frauen und Kinder.“ erwiderte Renate — und ich bin Hollfeld dankbar, daß er mich das nicht hat vergessen lassen.“

Hollfeld trat ein. Wohl erinnerte sein Anblick mitten in ihrem Schmerz, in den geheimen sich fordernden Gedanken wieder an die Absingung, die er ihr sonst erwiderte, aber die neue Aufgabe ließ sie dieses Gefühl jetzt überwinden.

„Es ist sehr gut von Ihnen“, begann sie, indem sie ihn zum Sitzen einlud — „daß Sie mich an die Pflicht mahnen, die ich als die Erbin meines Vaters nun habe. Sie haben an meinem Vater gewiß nicht viel weniger verloren als ich selbst und deshalb werden wir uns verstehen.“

Er verneigte sich kumm. Sie sah dabei in sein Gesicht, in dem nichts als eine achtungsvolle Ergebenheit und Trauer zu lesen war.

Was er ihr vorzuschlagen hatte, war, daß die Firma in unbedenklicher Weise weiter geführt werden sollte. Wenn würde er, wenn ihm das gnädige Fräulein dasselbe Vertrauen schenken wollte wie ihr Herr Vater, auch fernerhin seine ganze Kraft dafür einbringen. Das fühlte er als seine heilige Pflicht — schon im Andenken an den seligen Herrn und die Wohltaten, die er von ihm empfangen. Das alles sagte er in einer schlichten einfachen Art, ohne irgendwie seine eigenen Verdienste um den Verstorbenen hervorleuchten zu lassen, und Renate, die sich diesem Eindruck nicht entziehen konnte, reichte ihm zum Schluß der Unterredung unwillkürlich die Hand.

„Ich danke Ihnen“, sprach sie. Auch Tante Pinchen gab ihm die Hand. „Herr Hollfeld“, meinte sie — „Sie haben es immer gut mit meinem armen Bruder gemeint. Sie sind ein guter Mensch.“

Jedenfalls, so dachte Renate, nachdem er gegangen war — und sie dachte es zum ersten Male — hatte ihr Vater eine tüchtige und treue Stütze an Hollfeld gehabt. Auch ihr wollte er so eine Stütze sein. Vielleicht war sie bisher nicht ganz gerecht gegen ihn gewesen. Und mußte sie ihm nicht dankbar sein? Jawohl, menschenkennende Gerechtigkeit wollte sie fortan gegen ihn üben. Ein neues Leben lag vor ihr, schwer und einsam — und ein zuverlässiger Beistand war ihr nötig.

Am nächsten Morgen wurde, wie schon angedeutet, in der Fabrik bekannt, daß der Geschäftsbetrieb ohne Änderung fortgeführt werden würde, und die „Leute“ brachten sich keine Sorgen mehr zu machen, wenn auch mancher von ihnen sich vielleicht sagen mochte, daß es mit den guten, alten milden Zeiten, wie man sie unter Herrn Rosenau gehabt, nun vorbei war.

Am nächsten Morgen gab der Postbote für die beiden Damen auch zwei längliche, mit dem Gerichtskempel verzierte Briefe ab. Es waren die Vorladungen zu den Zeugenaussagen. Tante Pinchen bekam einen Schreck, als ob sie zu ihrer Einrichtung beordert würde, und nur die Gesellschaft Renates gab ihr einige Beruhigung.

Am nächsten Morgen empfing die Damen in seinem Antikammer. Renate wählte er